



**AUFSTEHEN
GEGEN RECHTE
HETZE
UND GEWALT**
Gemeinsam gegen Rassismus!

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

RASSISMUS BEDROHT FLÜCHTLINGE UND EINE OFFENE GESELLSCHAFT!

„Nach einer Erhebung des Bundeskriminalamts (BKA) gab es im vergangenen Jahr 1005 Attacken auf Asylunterkünfte. Davon haben demnach 901 einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund. 2014 waren es noch 199 Attacken, von denen 177 einen solchen Hintergrund hatten.“
(Spiegel Online, 28. Januar 2016)

In Deutschland potenziert sich die Zahl der Übergriffe gegen Flüchtlinge. Unterkünfte werden in Brand gesteckt, schutzsuchende Menschen werden auf offener Straße zur Zielscheibe gewalttätiger Angriffe. Die meisten Taten bleiben unaufgeklärt. Selbst im Falle erfolgreicher Ermittlungen können Täter vielerorts mit geringen Strafen rechnen.

In Gesellschaft und Politik findet diese Entwicklung nur wenig Beachtung. Dabei ist vor allem der Zusammenhang zwischen den Gewalttaten und der öffentlichen Stimmungsmache gegen Flüchtlinge offensichtlich: Im Oktober 2015 warnte das Bundeskriminalamt vor zunehmender Hetze durch Rechtsextreme und einer zukünftig weiter steigenden Anzahl schwerer Gewalttaten (Süddeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2015). Der starke Einfluss der AfD und des offen rassistischen Bündnisses Pegida verdeutlicht, wie massiv sich flüchtlingsfeindliches Denken gegenwärtig ausbreitet.

Gegen Stimmungsmache in der Flüchtlingsdebatte

Immer mehr Politikerinnen und Politiker etablierter Parteien weichen dem wachsenden Druck und vergiften selbst das Klima durch populistische Beiträge: Mit der Definition von Obergrenzen soll die Flüchtlingszahl reduziert werden, Zurückweisungen an der Grenze sollen Schutzsuchende fernhalten, Inhaftierungen sollen abschrecken, massenweise Abschiebungen sollen Wehrhaftigkeit und Stärke demonstrieren. Während sich die Stimmung weiter aufheizt, werden pausenlos Verschärfungen in der Asylgesetzgebung und schlechtere Lebensbedingungen für Flüchtlinge durchgesetzt.

Zeitgleich befindet sich die EU in einer tiefen Krise. Auf die weltweit größte Fluchtbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges reagieren die Mitgliedstaaten mit nationalem Egoismus und teilweise blankem Rassismus. Unter Missachtung der Menschenrechte werden Grenzen geschlossen. Abschiebungen von Flüchtlingen in die Türkei werden erwogen. Von dort aus fanden bereits Zurückschiebungen nach Syrien und in den Irak statt.

Solidarische europäische Lösungen für Flüchtlinge sind außer Sichtweite. Wenn überhaupt, dann soll nur eine möglichst geringe Anzahl Schutzsuchender kommen dürfen – und am besten solche, die vorher individuell ausgewählt wurden. **Dies käme einer Aufkündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention gleich.**

BEZIEHEN SIE ZUSAMMEN MIT UNS POSITION!

1. Gegen rechte Hetze und Gewalt

Ob in der Gemeinde, im Betrieb, im Bekannten- oder Freundeskreis oder in der Familie – beziehen Sie deutlich Position gegen flüchtlingsfeindliche und rassistische Äußerungen. Sollten Sie Zeugin oder Zeuge von Übergriffen werden, bringen Sie diese unverzüglich zur Anzeige. **Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, haben Anspruch auf unsere Hilfe und Solidarität.**

2. Keine Einschränkung von Flüchtlingsrechten

Flüchtlinge haben das Recht auf Schutz und Achtung ihrer Menschenwürde – so, wie es in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Genfer Flüchtlingskonvention und im deutschen Grundgesetz verankert ist. Die Definition willkürlicher Obergrenzen widerspricht diesem Recht. **Europa muss sich der Verantwortung für jeden einzelnen Flüchtling stellen.**




3. Für Integration und Teilhabe von Anfang an

Permanente Verschärfungen in der deutschen Asylgesetzgebung stellen die verbrieften Rechte von Flüchtlingen mehr und mehr in Frage. Integration und Teilhabe von Anfang an ist die Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. **Dazu zählen faire Asylverfahren ebenso wie der geförderte Zugang zu Deutschunterricht, Bildung, Arbeit und Wohnen.**

4. Für ein offenes Europa

Gegenwärtig besteht die Europäische Union aus 28 Mitgliedstaaten mit rund 510 Millionen Einwohnern. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2014 rund 13.920 Milliarden Euro. Damit bildet die EU den wirtschaftsstärksten Raum der Welt. Alle Mitgliedstaaten der EU haben die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Die Aufgabe Deutschlands und aller EU-Staaten lautet daher: **Flüchtlinge gemeinsam aufnehmen und eine humane und integrative Asylpolitik betreiben.** Dies ist – auch angesichts der Größe und Wirtschaftskraft Europas – machbar. **Solange Terror, Krieg und Gewalt herrschen wie z.B. in Ländern wie Syrien, Irak und Afghanistan, brauchen verfolgte Menschen Schutz.**

Herausgeber:
Förderverein PRO ASYL e. V.
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt am Main
Telefon: 069 242314-0
Fax: 069 242314-72
E-Mail: proasyl@proasyl.de
Internet: www.proasyl.de
Veröffentlicht im Februar 2016

 facebook.com/proasyl
 twitter.com/proasyl
 plus.google.com/+proasyl/posts

Gemeinsam gegen Rassismus!
www.proasyl.de

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.